

## Beschluss (vorläufig)

### 12. Gesicherte Freiheit – Handlungsfähiger Rechtsstaat

Gremium: Digitale LDV Idar-Oberstein  
Beschlussdatum: 06.12.2020  
Tagesordnungspunkt: 0. Kapitel 12 Freiheit – Recht – Sicherheit

## Text

1 Wir GRÜNE sind eine Partei für **Menschen- und Bürgerrechte**. Das Recht auf freie  
2 Entfaltung der Persönlichkeit, die Versammlungsfreiheit oder die  
3 Gleichberechtigung der Geschlechter sind für uns hohe Güter und Maßstab unserer  
4 Politik. Parteien, vielfältige engagierte Vereine und Bürgerinitiativen, eine  
5 bunte Medienlandschaft und die Anerkennung unterschiedlicher Lebensformen und  
6 Lebensstile prägen diese Errungenschaften in unserer Vielfaltsgesellschaft.

7 **Öffentliche Sicherheit** trägt dazu bei, dass wir diese Rechte durchsetzen können  
8 und sich jede\*r frei entfalten kann. Ohne Sorge vor Kriminalität, Anfeindung  
9 oder Gewalt zu sein, ist ein großes Stück Freiheit. Deshalb wollen wir einen  
10 **modernen, handlungsfähigen und zugleich freiheitlichen Rechtsstaat**. Dazu gehört  
11 Vertrauen in die staatlichen Institutionen.

12 Wir wollen, dass alle Menschen gleich vom Staat behandelt werden, unabhängig von  
13 ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer sexuellen Orientierung, ihres  
14 Geschlechts, ihrer Religion oder ihrem Bildungsgrad. Um dies zu erreichen,  
15 wollen wir die sicherheitspolitischen Strukturen in Rheinland-Pfalz und die  
16 Rechte der Menschen gegenüber dem Staat stärken. Dazu zählt für uns auch eine  
17 **bürgernahe Polizei**. Mit der Onlinewache der Polizei haben wir bereits einen  
18 einfach zugänglichen Service auf den Weg gebracht, der es ermöglicht, für  
19 ausgewählte Delikte, digital Strafanzeige von zuhause aus zu erstatten statt auf  
20 einer Polizeidienststelle. Vertrauen kann nur gestärkt werden, wenn auch  
21 **Transparenz** gegeben ist. Daher haben wir den Verfassungsschutz umfassend  
22 reformiert, seine Aufgaben transparent und effizient geregelt sowie die  
23 Kontrolle durch das Parlament massiv ausgeweitet.

24 Wir wollen das Vertrauen in die Öffentliche **Sicherheit** auch durch eine  
25 **faktenbasierte Innenpolitik** steigern, zum Beispiel mit Hilfe eines periodischen  
26 Sicherheitsberichts. Denn alle Maßnahmen müssen sich an wissenschaftlichen  
27 Erkenntnissen orientieren und für die Bürger\*innen durch relevante Informationen  
28 auch nachvollziehbar sein.

### 29 **Polizei: Bürgernah, transparent und gut ausgestattet**

30 Ein elementarer Bestandteil der Sicherheitsstruktur in unserem Land ist die  
31 **Polizei**. Sie steht vor komplexen Herausforderungen. Daher wollen wir das  
32 **Polizeipersonal nachhaltig aufstocken**. Polizist\*innen brauchen Entlastung,  
33 Tarifangestellte Perspektiven. Mehr Arbeit muss auf mehr Schultern verteilt  
34 werden. Deswegen fordern wir eine **Mindeststärke an Polizeibeamt\*innen** für  
35 Rheinland-Pfalz. Dafür ist eine wissenschaftlich fundierte **langfristige**  
36 **Gesamtpersonalplanung** nötig. Handlungsbedarf sehen wir sowohl bei der

37 Einsatzverpflegung als auch bei der technischen Ausstattung. Nicht selten ist  
38 der Erfolg der Polizeiarbeit abhängig von der Häufigkeit und Intensität der  
39 Kontrollen. Anlasslose Personenkontrollen allein aufgrund eines phänotypischen  
40 Erscheinungsbildes (**Racial Profiling**) verstoßen unter anderem gegen das  
41 Grundgesetz. Wir unterstützen Betroffene dieser Form von langsamer Gewalt durch  
42 rechtliche Beratung sowie die Vermittlung an psychosoziale Stellen.

43 Wir GRÜNE setzen auf eine **nahbare Bürgerpolizei**. Dafür wollen wir das  
44 Stellenprofil der **Bezirksbeamt\*innen** ausbauen. Ein guter Draht zur Bevölkerung  
45 und **vernetzte Akteur\*innen** im Sicherheitsbereich sind Voraussetzungen für eine  
46 erfolgreiche Polizeiarbeit. Deswegen wollen wir die **Kriminalpräventiven Räte**  
47 **stärken**, in denen Vertreter\*innen der Kommunen, Ehrenamtliche und Polizei  
48 zusammenkommen.

#### 49 **Technische Potenziale ausschöpfen**

50 Um sich zügig und effizient auf die weitere Digitalisierung vorzubereiten,  
51 wollen wir in der Polizei ein professionelles Projektmanagement einführen.

52 Darüber hinaus wollen wir die Onlinewache weiter ausbauen. Sowohl für die  
53 Bürger\*innen als auch für die Polizei soll die Online-Wache noch besser  
54 handhabbar werden. Beispielsweise könnte die Online-Wache auf weitere Delikte  
55 ausgeweitet werden.

56 Damit die Polizei im ländlichen Raum nachts schnell viel Personal zum Einsatz  
57 bringen kann, wollen wir die Dienststellen baulich und technisch so erweitern,  
58 dass sie vorübergehend abgeschlossen werden können. Das führt dazu, dass die  
59 Polizei schneller vor Ort ist. Dies darf aber nicht zu einer Verringerung der  
60 Dienststärken führen.

#### 61 **Soziale Kompetenzen und Transparenz**

62 Rheinland-Pfalz ist das erste Bundesland mit einer demokratisch gewählten  
63 unabhängigen **Beauftragten für die Landespolizei**. Wir wollen, dass die  
64 Beauftragte für die Landespolizei noch bekannter wird. Bürger\*innen und  
65 Polizist\*innen können sich an sie wenden, wenn sie Kritik oder Anregungen  
66 loswerden wollen. Damit haben wir **Transparenz und eine offene Fehlerkultur**  
67 institutionalisiert. Polizeiliches Fehlverhalten zum Beispiel durch  
68 unverhältnismäßige Polizeigewalt oder falsch verstandenen Korpsgeist sollen  
69 verhindert werden. Für ein **gutes Miteinander** soll der\*die Beauftragte für die  
70 Landespolizei noch stärker als Mediator\*in wirken. Außerdem soll der\*die  
71 Beauftragte mit mehr Mitteln und Personal ausgestattet werden. Insbesondere,  
72 wenn kritische Demonstrationen bevorstehen, brauchen wir proaktives Handeln, das  
73 der\*die Landesbeauftragte\* leisten könnte. In diesem Zusammenhang wollen wir  
74 GRÜNE prüfen, ob Rheinland-Pfalz ein eigenes Versammlungsgesetz braucht.

75 Die Polizei muss gut ausgebildet und motiviert sein. Bei der **Aus- und**  
76 **Fortbildung** muss der Fokus neben der fachlichen Weiterentwicklung auf  
77 **interkulturellen Kompetenzen und Diversität** liegen, ebenso auf  
78 **Demokratiebildung**, um rechten Tendenzen bei den Sicherheitsbehörden vorzubeugen.  
79 Inhaltliche Kooperationen der Polizeihochschule mit anderen Hochschulen im Land  
80 sowie Akteur\*innen aus dem Bereich der politischen Bildung und  
81 Demokratieförderung möchten wir ausbauen. Darüber hinaus wollen wir den  
82 Austausch zwischen angehenden Polizist\*innen und anderen Studierenden stärken.  
83 Die **Kommission Innere Führung** beschäftigt sich mit den internen Abläufen und der

84 Führungsverantwortung in der Polizei. Damit sie handlungssicher in allen  
85 Situationen ist, wollen wir das Thema **Deeskalationsstrategien** stärker verankern.

### 86 **Integrative Chancen ergreifen**

87 Der Zugang zu Berufen des Staatsdienstes gilt als Schlüsselsymbol gelungener  
88 Integration und trägt entscheidend zur Akzeptanz staatlichen Handelns sowie zur  
89 Vertrauenssteigerung in die staatlichen Institutionen bei. Wir wollen den Anteil  
90 von Menschen mit einem Migrationshintergrund in der Polizei noch weiter deutlich  
91 erhöhen und für sie bestehende Bewerbungs- und Einstellungshürden abbauen.

92 Darüber hinaus wollen wir bei den Polizeipräsidien Integrationsbeauftragte  
93 benennen, die Ansprechpartner\*innen für Menschen mit einem Migrationshintergrund  
94 sowohl innerhalb als auch von außerhalb der Polizei sein sollen. Diese sollen  
95 auch zentral die Vernetzung und Zusammenarbeit mit Vereinen, Verbänden und  
96 Institutionen auf interkultureller Ebene koordinieren.

### 97 **Polizei als gute Arbeitgeberin**

98 Die **Frauenförderung in der Polizei** hat für uns besondere Priorität. Wir brauchen  
99 mehr wissenschaftliche Forschung zum Aufstieg beziehungsweise Nicht-Aufstieg von  
100 Frauen in der Polizei. Auf Basis dieser Fakten wollen wir die Förderung von  
101 Frauen verstärken. Dabei soll **Führen in Teilzeit** keine Ausnahme mehr sein,  
102 sondern gelebte Realität.

103 Wir wollen die **Vereinbarkeit von Familie und Polizeiberuf** deutlich stärken. Die  
104 Polizeiarbeit zeichnet sich durch lange Arbeitszeiten, unvorhersehbare Einsätze,  
105 die Arbeit im Wechselschichtdienst und langen Fahrtstrecken in der Aus- und  
106 Fortbildung aus. Wir streben den **mobilen Arbeitsplatz** an, damit die Sacharbeit  
107 nach einem Polizeieinsatz auch von zu Hause erledigt werden kann. Ebenso  
108 unterstützen wir flexible Modelle der Kinderbetreuung für Dienststellen.

109 Wir GRÜNE kümmern uns auch um die **psychische und physische Gesundheit der**  
110 **Polizei**. Dies tun wir nicht nur, um die staatliche Fürsorgepflicht zu erfüllen,  
111 sondern auch, damit in hitzigen Situationen ein kühler Kopf bewahrt werden kann.  
112 Zudem bringt der Polizeiberuf viel Vergeblichkeitserfahrung mit sich. Damit und  
113 mit anderen schlimmen Erlebnissen wollen wir Polizist\*innen nicht allein lassen  
114 und bauen deshalb auf eine **proaktive Supervision**. Es muss in regelmäßigen  
115 Abständen Gespräche geben. Auch die Polizist\*innen im Wechselschichtdienst  
116 sollen weiter entlastet werden und das Projekt **Gesünder arbeiten in der Polizei**  
117 **(GAP) soll weiter optimiert werden.**

### 118 **Kriminalität wissenschaftlich bei der Wurzel packen**

119 Wir GRÜNE stehen für eine **faktenbasierte Sicherheitspolitik**. Durch gesicherte  
120 Informationen zur Kriminalität wollen wir Falschbehauptungen und rechten Parolen  
121 den Nährboden entziehen. Ein gesetzlich verankerter **Periodischer**  
122 **Sicherheitsbericht** könnte konkrete Hinweise geben, wo genau wir hinschauen und  
123 anpacken müssen. Die Polizeiliche Kriminalstatistik bildet durch ihre  
124 Beschränkung auf das Anzeigeverhalten immer nur einen Trend ab, ein periodischer  
125 Sicherheitsbericht könnte die Kriminalitätsslage umfassender darstellen. Verortet  
126 werden könnte er bei der **Hochschule der Polizei**, dadurch würde diese auch als  
127 Wissenschaftsstandort gestärkt.

128 Wichtig sind auch Studien zu autoritären Entwicklungen in der Gesellschaft und  
129 ein zivilgesellschaftliches Lagebild. Uns ist es ein wichtiges Anliegen,  
130 Kenntnisse und Daten aus dem Dunkelfeld zu gewinnen. Deshalb ist es uns ein

131 Anliegen m\*power die Meldestelle für menschenfeindliche, rassistische und  
132 antisemitische Vorfälle in Rheinland-Pfalz anhaltend zu unterstützen. Auch die  
133 von uns geforderte Studie zu Rassismus in Rheinland-Pfalz begrüßen wir.

#### 134 **Bürgerrechte und Prävention**

135 Die Polizei in Rheinland-Pfalz soll handlungsfähig bleiben. Dafür braucht sie  
136 effektive Befugnisse. Wir GRÜNE achten stets auf Bürgerrechte und  
137 Verhältnismäßigkeit bei den Eingriffsbefugnissen der Polizei. Die  
138 **Onlinedurchsuchung** wird kaum genutzt, weil die rechtlichen Voraussetzungen nicht  
139 einhaltbar sind. Wir wollen diese Regelung daher streichen. Rechtlich kritisch  
140 sehen wir auch die **Vorratsdatenspeicherung** und den **Einsatz der Bodycam in**  
141 **Wohnungen**, weil damit ein massiver Eingriff in die Unverletzlichkeit der Wohnung  
142 verbunden ist. Zudem positionieren wir uns gegen die **biometrische**  
143 **Gesichtserkennung** und die massive Ausweitung der Videoüberwachung.

144 Gewalt lehnen wir entschieden ab. Wir halten an unserem Grundsatz fest:  
145 **Prävention ist besser als Repression**. Deswegen unterstützen wir präventive  
146 Täterarbeit, Gewaltpräventionsprogramme, das Erlernen gewaltfreier Kommunikation  
147 und die Arbeit der Leitstellen Kriminalprävention. Zudem soll ein bewusster  
148 **Umgang mit Opfern** bei der Aufarbeitung helfen. Dabei haben wir insbesondere die  
149 Opfer von Gewalt in engen sozialen Beziehungen und sexualisierter Gewalt im  
150 Auge. Das rheinland-pfälzische **Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen**  
151 **sozialen Beziehungen (RIGG)** sowie das **High Risk Management** bei Fällen von  
152 häuslicher Gewalt bringen alle Verantwortlichen an einen Tisch. Polizei,  
153 Gerichte, Jugendämter, Frauenhäuser und Täterarbeitseinrichtungen kooperieren  
154 eng miteinander, um häusliche Gewalt frühzeitig zu erkennen, rechtzeitig zu  
155 verhindern und Opfern zu helfen. Die bestehenden Angebote wollen wir um eine  
156 Anlaufstelle für von Gewalt in engen sozialen Beziehungen betroffene Männer  
157 ergänzen.

158 Ein effektiver **polizeilicher Informationsaustausch** mit Kolleg\*innen aus anderen  
159 Bundesländern ist genauso wichtig wie ein internationaler Austausch zwischen  
160 Strafverfolgungsbehörden. Wir GRÜNE unterstützen die Schaffung notwendiger  
161 Strukturen und setzen dabei auf Datensparsamkeit und Transparenz. **Datenabfragen**  
162 **müssen verfolgbar** sein, um Missbrauch zu verhindern. Datenschutz ist kein Stein,  
163 der in den Weg einer erfolgreichen Gefahrenabwehr gelegt wird, sondern eine  
164 grundrechtssichernde Voraussetzung, die eine Gefahrenabwehr erst ermöglicht. Die  
165 **Aufbereitung, Auswertung und Analyse von Daten** aus polizeilichen Systemen kann  
166 den Polizist\*innen wichtige und notwendige Erkenntnisse liefern, um auf  
167 zielgerichtete Maßnahmen und genaue Lagebeurteilungen vorzunehmen. Wie in allen  
168 polizeilichen Bereichen müssen auch hier die Prinzipien der Verhältnismäßigkeit  
169 und Transparenz gelten. Grundlegende Bürger\*innenrechte und der Schutz der  
170 Privatsphäre müssen gewahrt werden und dürfen nicht leichtfertig eingeschränkt  
171 werden. Unter dem Aspekt der digitalen Souveränität sollen Sicherheitsbehörden  
172 Analysesoftware zukünftig selbst mitentwickeln und mit europäischen Anbietern  
173 zusammenarbeiten.

174 Sportliche Großveranstaltungen müssen sicher sein. Das ist für uns GRÜNE klar.  
175 Dafür muss die bisherige Praxis der Datenerhebung **„Szenekundiger Polizeibeamter“**  
176 **(SKB-Dateien)** auf den Prüfstand, um mehr Transparenz, Datenschutz und  
177 Wirksamkeit zu erreichen. Betroffene der Datenspeicherung sollen bei einer  
178 Eintragung benachrichtigt werden, damit sie Rechtsschutz geltend machen können.  
179 Eine Benachrichtigungspflicht entfaltet gleichzeitig präventive Wirkung für mehr

180 **Sicherheit im Stadion.** Die Datei „**Gewalttäter-Sport**“ ist hingegen unpräzise. Wir  
181 wollen diese unnütze Verbunddatei abschaffen.

182 Für die Abwehr von Gefahren ist auch der **Kommunale Vollzugsdienst** zuständig. Wir  
183 wollen den Kommunalen Vollzugsdienst reformieren. Dazu gehört eine  
184 Neuaufstellung der Ausbildung und eine neue Definition des Berufsbildes.

185 Eine nachhaltigere Wissensvermittlung kann einen besseren Schutz für die  
186 öffentliche **Sicherheit** in den Kommunen garantieren. Gleichzeitig sollen der  
187 Kommunale Vollzugsdienst und die Polizei weiter eigenständige, unterscheidbare  
188 Instanzen bleiben. Eine Aufrüstung des Kommunalen Vollzugsdienstes mit Distanz-  
189 Elektroimpulsgeräten lehnen wir ab.

## 190 **Verfassung schützen**

191 Feinden unserer demokratischen Grundordnung sagen wir weiter den Kampf an. Dazu  
192 gehört eine intensive Präventionsarbeit, beispielsweise gegen **islamistischen und**  
193 **rechten Terror**. Es darf gar nicht erst zu Hinwendungsprozessen zu  
194 extremistischen Ideologien kommen. Prävention von demokratie- und  
195 menschenfeindlichem Extremismus ist deshalb eine wichtige pädagogische und  
196 sozialpädagogische Arbeit - aber auch eine gesamtgesellschaftliche  
197 Querschnittsaufgabe und Verantwortung. Sie muss schon in Kindergärten und  
198 Schulen beginnen und wird ergänzt durch vielfältige, staatliche und  
199 zivilgesellschaftliche Programme, Projekte und breite Bildungsarbeit. Es ist  
200 hierbei wichtig, dass Projekte und Strukturen der Präventionsarbeit direkte  
201 Kompetenzen und Ressourcen von jungen Menschen fördern und stärken, über  
202 extremistische Einstellungen aufklären und Demokratienbildung leisten.  
203 Gleichzeitig möchten wir auch die Distanzierungs- und Deradikalisierungsarbeit  
204 erhalten, die wichtige Beratung und Betreuung leistet. Präventions- und  
205 Interventionsarbeit zu fördern und zu koordinieren ist ein wichtiger Beitrag zum  
206 Erhalt und zum Ausbau unserer demokratischen Gesellschaft.

207 Der **Verfassungsschutz** ist ebenfalls Teil der Sicherheitsstruktur in Rheinland-  
208 Pfalz. Als Frühwarnsystem dient er dem Schutz unserer Werte wie Freiheit,  
209 Gleichheit, Vielfalt und Toleranz. Wir haben den Landesverfassungsschutz  
210 umfassend reformiert und die parlamentarische Kontrolle massiv ausgeweitet. Die  
211 Befugnisse des Verfassungsschutzes haben wir transparent geregelt und angepasst.  
212 Wir werden die Umsetzung des neuen Landesverfassungsschutzgesetzes kritisch  
213 begleiten. Die Sicherheitsbehörden in unserem Land müssen eng mit dem Bund und  
214 den Ländern zusammenarbeiten.

## 215 **Justiz zeitgemäß weiterentwickeln**

216 Eine wesentliche Säule unseres freiheitlichen Rechtsstaats ist die **Justiz**. Wir  
217 setzen uns für gut ausgestattete Gerichte und Strafverfolgungsbehörden, für die  
218 Unabhängigkeit von Justiz und selbstverwalteter Anwaltschaft, für die  
219 Objektivität von Staatsanwaltschaft und Polizei ein. Für uns ist zentral, dass  
220 alle den gleichen Zugang zum Recht haben und dass die Justiz als dritte Gewalt  
221 unabhängig vom Justizministerium ist.

222 Dazu wollen wir das Einzelfallweisungsrecht des Justizministeriums gegenüber der  
223 Staatsanwaltschaft abschaffen. An den Gerichten haben wir neue Stellen  
224 geschaffen und die **eAkte** eingeführt. Mehr Rechtspfleger\*innen und  
225 Justizwachtmeister\*innen werden die Funktionsfähigkeit der Gerichte und die  
226 **Sicherheit** in den Gerichtsgebäuden gewährleisten. Diesen Personalaufwuchs wollen  
227 wir weiter voranbringen. Wir wollen, dass neue Aufgabenfelder, wie

228 Cyberkriminalität, bereits in der Polizei aber auch bei den Staatsanwaltschaften  
229 und Gerichten mit den benötigten Ressourcen bearbeitet werden können. Damit  
230 sollen Verfahren so zügig wie möglich erledigt werden. Wir setzen uns für  
231 energetisch sanierte Justizgebäuden ein. Dafür wollen wir ein  
232 Justizgebäudesanierungsprogramm auflegen.

233 Wir statten die Richter\*innen und Staatsanwält\*innen und Rechtspfleger\*innen mit  
234 den benötigten digitalen und analogen Arbeitsplätzen aus. Dort wo Amtsermittlung  
235 herrscht, wollen wir im Rahmen eines Modellversuchs die Richter\*innen durch  
236 Ermittlungshilfskräfte entlasten. Die Vergabe von Gutachtaufträgen wird  
237 aktuell kritisch diskutiert. Wir wollen, Mindestanforderungen für  
238 Gutachter\*innen entwickeln lassen und ein gemeinsames Monitoring für  
239 Gutachtenersteller\*innen führen, um Auffälligkeiten justizintern untersuchen zu  
240 können. Wir unterstützen die aktuelle justizinterne Fortbildung - die Teilnahme  
241 hieran soll auch bei Beurteilungen förderlich sein. Dort wo überregionale  
242 Spezialisierung der Gerichte und Staatsanwaltschaften sinnvoll ist, unterstützen  
243 wir diese und fördern damit Gerichtsstandorte im ländlichen Raum. Und  
244 schließlich wollen wir auch in der Justiz die Vereinbarkeit von Familie und  
245 Beruf weiter fördern.

#### 246 **Für einen humanen Strafvollzug**

247 Wir GRÜNE stehen für einen **humanen** und auf **Resozialisierung ausgelegten**  
248 **Strafvollzug**, in dem Menschen befähigt werden, ein straffreies Leben in sozialer  
249 Verantwortung zu leben. Hierzu gehören Ausbildungsangebote während der Haftzeit  
250 und eine gute Kooperation mit den Agenturen für Arbeit. Durch eine frühzeitige  
251 Unterbringung im **offenen Vollzug** können bei dafür geeigneten zur Freiheitsstrafe  
252 Verurteilten soziale Beziehungen und der Arbeitsplatz erhalten bleiben. Damit  
253 das gelingt, wollen wir GRÜNE die Kapazitäten im offenen Vollzug ausbauen. Ein  
254 besonderes Augenmerk legen wir auf das **Übergangsmanagement**. Nach abgesessener  
255 Strafe soll der Start in die Freiheit möglichst reibungslos verlaufen, um  
256 Rückfälle zu vermeiden. Durch engmaschige Betreuungsangebote vor, nach und  
257 während der Haftzeit kann der Übergang verbessert werden. Damit der Übergang in  
258 ein Leben ohne Kriminalität oder Obdachlosigkeit gelingt, braucht es nach der  
259 Haft bestmögliche Unterstützung, insbesondere bei der Wohnungssuche, bei der  
260 Suche nach einer Arbeitsstelle oder beim Schuldenabbau. Wir setzen uns dafür  
261 ein, dass die Angebote der unterschiedlichen Hilfesysteme besser vernetzt  
262 werden. Die Bewährungshilfe und die freie Straffälligenhilfe wollen wir  
263 aufwerten und die Ehrenamtlichen besser begleiten und fortbilden. Den  
264 Justizvollzug wollen wir durch mehr Personal entlasten und  
265 **Ersatzfreiheitsstrafen** vermeiden. Im Bereich der Jugendkriminalität verfolgen  
266 wir einen pädagogischen Ansatz. Wir wollen die **Häuser des Jugendrechts** in den  
267 Regionen stärken und ausbauen. Dort sitzen Polizei, Justiz und soziale Träger an  
268 einem Tisch, um delinquente Jugendlichen zu unterstützen. Wir wollen zudem die  
269 Diskussion über die Einrichtung zusätzlicher Jugendarrestplätze für den Norden  
270 von RLP anstoßen.

#### 271 **Feuerwehr und Hilfsorganisationen stärken**

272 Für die Sicherheit in unserem Land sorgt auch die haupt- und ehrenamtliche  
273 **Feuerwehr**. Ihre Angehörigen bilden das Rückgrat des **Brand- und**  
274 **Katastrophenschutzes** in Rheinland-Pfalz. Eine sehr große Mehrheit der  
275 Feuerwehrkräfte sind ehrenamtliche Aktive. Ihr Engagement wollen wir GRÜNE  
276 weiterhin fördern, um eine effektive Gefahrenabwehr zu garantieren. Insbesondere

277 wollen wir **Nachwuchs gewinnen und Frauen fördern**, damit die Feuerwehr auch in  
278 Zukunft gut aufgestellt ist. Neben der Feuerwehr sorgen der hochkompetent  
279 aufgestellte **Rettungsdienst** und die **Hilfsorganisationen** für die öffentliche  
280 **Sicherheit** in Rheinland-Pfalz. Wir müssen attraktive Rahmenbedingungen für  
281 Ehrenamtliche und Nachwuchskräfte bieten. Da sie einen Teil der staatlichen  
282 **Daseinsfürsorge** leisten, können sie auf eine Unterstützung durch uns GRÜNE  
283 zählen. Maßnahmen, die dem Schutz und der kontinuierlichen Qualifizierung der  
284 Rettungskräfte dienen, haben für uns eine hohe Priorität.